Haushaltsrede des Vorsitzenden der mitterechts/LKR-Fraktion, Herrn Jungbluth, in der Sitzung des Rates am 19.12.2017

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte nicht vieles wiederholen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner, insbesondere Herr Krell, zum Haushalt gesagt haben. Ich möchte zwei Schwerpunkte setzen zu dem, was ich hier heute gehört habe.

Wir haben eingangs gehört, dass der Bürger ein subjektives Gefühl von abnehmender Sicherheit hat. Ich kann nur dringend raten, dies ernster zu nehmen, als es bei diesen Worten der Fall zu sein scheint. Obwohl mittlerweile viele Menschen den ÖPNV und die Innenstadt meiden, stellt sich an Hand der Zahlen die Frage, ob dies wirklich eine subjektive Wahrnehmung und nur ein Gefühl ist. Wir hatten im August dieses Jahres zentral in der Hauptstraße einen Todesfall, der in der Presse viel Aufsehen erregt hat. Zum Zeitpunkt dieses Todesfalles habe ich mit der Pressestelle der Kreispolizei telefoniert und wir sind die Zahlen der Gewalttaten durchgegangen. Die Zahlen entsprachen bereits Ende August 2017 fast exakt dem Vorjahr, also den Zahlen des Zeitraumes 01.01.2016 bis 31.12.2016. Dies ist eine Steigerung von 50% zum damaligen Zeitpunkt und ich bin neugierig, wie die Schlussbilanz aussehen wird. Man kann hier also nicht von subjektiven Wahrnehmungen von Angsträumen und von Gefühlen sprechen. Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, die Belange der Bürger ernster zu nehmen und nicht nur kosmetische Maßnahmen durchzuführen.

Dann habe ich hier heute gehört, dass sich in diesem Land zu Lasten der Kommunen und auch der Stadt Bergisch Gladbach alle die Taschen füllen. Der Bund, das Land, der Kreis, alle füllen sich die Taschen. Soweit ich informiert bin, haben wir rund 2 Billionen EUR Staatsschulden, davon hat über 60% der Bund. Das Land hat rund 176 Milliarden EUR Schulden und auch der Kreis ist defizitär. Da frage ich mich, was wir unter gefüllten Taschen verstehen. Mir als Bürger ist es relativ egal, ob Erstattungen des LVR in diesem oder im nächsten Jahr an die Kommunen überweisen werden, wenn dafür die Kreisumlage wieder erhöht wird. Die Aussagen hierzu sind ja sehr eindeutig. Ich vermisse auch eine Aussage dazu, dass die Rahmenbedingungen auch deshalb gut sind, weil die Kreisumlage gesenkt ist. Auch der Kreis braucht derzeit seine Rücklagen auf, die deshalb in Zukunft wieder erhöht werden müssen.

Und als Beispiel für die Leistungen, die die Kommunen dann erbringen, nachdem sich alle anderen mit klebrigen Händen die Taschen vollgemacht haben, haben Sie unter anderem die Unterbringung von Flüchtlingen genannt. In der Haushaltsrede von Herrn Stein haben wir schon gehört: „Humanität kennt keinen Finanzierungsvorbehalt." Das sind Worte, die die meisten von Ihnen in der Form, wie sie hier für öffentliches Geld ausgesprochen werden, wahrscheinlich nicht privat unterschreiben würden, denn ich gehe davon aus, dass niemand hier sich in einer privaten Situation befindet, die mit einem Haushaltssicherungskonzept vergleichbar ist. Mittlerweile wissen wir, dass denen, die als sogenannte Flüchtlinge einen Antrag gestellt haben, zu 60% – also mehrheitlich – kein Asyl genehmigt wird, dass sie nicht als Flüchtlinge anerkannt werden und dass sie keinen subsidiären Status und kein Abschiebungsverbot haben. Und das unter Bedingungen, unter denen selbst ein Bundeswehrsoldat, der kein Wort Arabisch spricht, als Flüchtling anerkannt wird und ein Chinese, der zur Polizei geht, weil er seine Papiere verloren hat, zur Erstaufnahmestelle geschickt wird. Und, ganz nebenbei – heute ist der Jahrestag des Anschlages auf den Breitscheidplatz – vor dem Hintergrund, dass wir immer wieder Fälle haben, die nicht nur eine, sondern mehrere, und zwar bis zu 14 Identitäten mit sich herumschleppen. Auch diese Fälle sind in den verbleibenden 40% enthalten. Man kann also beim besten Willen nicht behaupten, dass die Prüfung besonders restriktiv ist oder besonders unmenschlich, sondern im Gegenteil: Es wird sehr hektisch geprüft. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat tausende von gefälschten syrischen Pässen erkannt und so getan, als wären diese echt, damit man sie vom Tisch hat. Und unter diesen Bedingungen sind 60% keine Flüchtlinge, selbst beim besten Willen nicht. Das heißt aber mit anderen Worten, dass alle pro Kopf bezogenen Kosten, die wir hier in der Kommune aufwenden, nur zu 40% Flüchtlingen zu Gute kommen und zu 60% anderen Menschen, die die offenen Grenzen zur Migration genutzt haben.

Wenn man dann sagt, das interessiert uns alles nicht, darüber verlieren wir keine Silbe, in keinem Ausschuss, in keiner Ratssitzung, das interessiert uns auch nicht während der Haushaltsrede, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn einem die Wähler davonlaufen. Das ist am Ende des Tages die Quittung. Wir beschweren uns zwar wortreich, dass wir Defizite haben und tun so, als liege das an klebrigen Händen. Wer in diesem Umfang ungeprüft mit öffentlichem Geld um sich schmeißt, der hat natürlich keine klebrigen, sondern ölige Hände. Es wäre schön, wenn er das Geld der Bürger ein biss-

chen fester halten würde. Ich bin durchaus dafür, dass wir Flüchtlingen in möglichst effizienter Form helfen. Wir sollten uns dann aber auch über Flüchtlinge unterhalten und ich halte es für eine Verwahrlosung der Sprache, wenn man so tut, als wäre eine Gruppe, die mehrheitlich nicht aus Flüchtlingen besteht, Flüchtlinge.

Ich wünsche allen ein friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

[Die Niederschrift der Haushaltsrede erfolgte durch die Schriftführung des Rates.]